

Auftrag Kappeler betreffend Anteil Elektrofahrzeuge an Neufahrzeugen

Mit dem Auftrag Joos (05.12.2013) wurde der Regierungsrat beauftragt, die Chancen der Elektromobilität in Graubünden zu prüfen. Der Auftrag Kappeler (21.10.2014) verlangte von der Regierung den vermehrten Einsatz von Elektromobilen in der kantonalen Verwaltung sowie die Unterstützung bezüglich Infrastruktur für das Aufladen von Elektromobilen. In der Folge liessen AEV und ANU den Bericht „Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden“ erarbeiten (Ernst Basler + Partner, 26.06.2015), woraus u. a. hervorgeht, dass der Bestand an reinen Elektrofahrzeugen mit weniger als einem Promille in Graubünden marginal ist. Im Bericht sind verschiedene Massnahmen erwähnt, wobei es sich im Wesentlichen um Information und Beratung sowie um monetäre und nicht monetäre Anreize handelt.

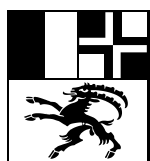
Der Anteil Elektrofahrzeuge an der gesamten Fahrzeugflotte hat zwischenzeitlich zwar zugenommen, ist aber immer noch äusserst gering. Nicht zuletzt dürfte dies eine Folge des limitierten Angebots sein. Ab 2020 werden jedoch mehrere Modelle mit einer Reichweite von über 400 km erhältlich sein und ab 2021 werden Elektroautos massentauglich. Es wird kaum mehr eine Marke geben, welche in ihrem Angebot nicht auch Elektromobile führt. Dies ist der Zeitpunkt, wo sich entscheiden wird, ob die Elektromobilität rasant oder eben weiterhin nur langsam an Bedeutung gewinnen wird. Aufhalten lässt sie sich nicht, denn sie ist technisch überlegen. Die Frage ist nur, ob früher oder später. Und auch die Ökobilanz, unter Berücksichtigung der Herstellung und Entsorgung der Batterien, spricht für die Elektromobilität, sofern Strom aus Wasserkraft, PV oder Wind eingesetzt wird.

Für das Jahr 2022 strebt der Bund einen Marktanteil der Elektromobilität bei Neuzulassungen von 15% an. Dieses Ziel kann in Graubünden wohl nur durch eine konsequente Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern oder durch das Ausrichten von Kaufsubventionen für Ladegeräte oder Elektrofahrzeuge erreicht werden.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb die Regierung auf, bis 2020 effiziente Massnahmen zur signifikanten Steigerung der Elektromobilität in die Wege zu leiten, so dass sie spätestens 2022 greifen. Dabei stehen die Ökologisierung der Motorfahrzeuge oder das Ausrichten von Kaufsubventionen im Vordergrund.

Chur, 12. Februar 2019

Kappeler, Wilhelm, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Chur), Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Chur), Deplazes (Rabius), Gasser, Hartmann-Conrad, Hofmann, Horrer, Kasper, Locher Benguerel, Müller (Felsberg), Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Thöny, von Ballmoos, Buchli (Tenna), Lunghi



Sitzung vom

16. April 2019

Mitgeteilt den

18. April 2019

Protokoll Nr.

259

Auftrag Kappeler

betreffend Anteil Elektrofahrzeuge an Neufahrzeugen

Antwort der Regierung

Die Regierung hat sich in der Vergangenheit bereits mehrmals mit den Möglichkeiten der Förderung der Elektromobilität auseinandergesetzt. Als Folge zweier parlamentarischer Aufträge wurde der Bericht "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden" vom 26. Juni 2015 ausgearbeitet. Die Regierung hat mit Beschluss vom 8. September 2015 (Protokoll Nr. 784) entschieden, die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen erster Priorität weiter zu vertiefen resp. umzusetzen.

Zu den Massnahmen erster Priorität gehören die Förderung der Ladeinfrastruktur, die Anpassung der Beschaffungskriterien beim Einsatz von Elektrofahrzeugen in der Verwaltung, der Bau von Ladestellen bei kantonalen Bauten sowie die Organisation von Anlässen und Informationsabenden. Die Massnahmen erster Priorität sind mit geringen Zusatzkosten verbunden und lassen sich innerhalb des bestehenden Vollzugs und mit den bestehenden Instrumenten wie dem Massnahmenplan Lufthygiene und der kantonalen Klimastrategie abwickeln. Der Kanton setzt zudem ein betriebliches Mobilitätsmanagement (BMM) für die kantonale Verwaltung um, welches mittels Optimierung des Arbeits- und Geschäftsverkehrs zur Erreichung des von der Regierung beschlossenen Absenkpfeils für Treibstoffverbrauch und Emissionen der kantonalen Personenwagenflotte beitragen soll. Die Förderung der Ladeinfrastruktur wurde mit dem "Masterplan Ladeinfrastruktur Elektromobilität" weiter vertieft. Mit Beschluss vom 16. Oktober 2017 (Protokoll Nr. 872) hat die Regierung entschieden, drei Empfehlungen aus dem Masterplan weiterzuverfolgen. Darunter fällt auch die Förderung der Ladeinfrastruktur, welche im Rahmen der laufenden Teilrevision des Bündner Energiegesetzes (BEG) geprüft wird. In der Vernehmlassung fanden entsprechende Vorschläge allerdings nur wenig Unterstützung. Die Botschaft zur Teilrevision des BEG wird voraussichtlich im Herbst von der Regierung verabschiedet und deren Behandlung ist in der Session des Grossen Rats vom Frühling 2020 vorgesehen.

In zweiter Priorität werden im erwähnten Bericht die Ökologisierung und die Einführung eines Bonus-/Malus-Systems bei der kantonalen Motorfahrzeugsteuer, die fi-

nanzielle Förderung von Elektroautos und E-Carsharing sowie die Schaffung spezieller Zonen für die E-Mobilität und Ladegeräte vorgeschlagen. Die Massnahmen zweiter Priorität wurden teilweise wegen fehlender finanzieller Mittel oder wegen einer bestrittenen Wirkung zurückgestellt. Massnahmen im Bereich der Motorfahrzeugsteuern werden gemäss Regierungsbeschluss vom 8. September 2015 (Protokoll Nr. 784) nicht weiterverfolgt. In Graubünden sind etwas mehr als 118'000 Personenwagen immatrikuliert, wovon 454 (Stand Januar 2019) mit reinem Elektroantrieb. Ein solches Fahrzeug erhält heute einen zeitlich unlimitierten Verkehrssteuerrabatt von 80 Prozent. Daraus resultiert für den bei uns häufigsten Personenwagen mit maximal 2000 kg Gesamtgewicht eine jährliche Steuerbelastung von 90 Franken. Bei einem 2700 kg schweren Fahrzeug der Oberklasse sind es 110 Franken. Eine weitergehende Entlastung ("100 Prozent Bonus") vermag bei diesen bescheidenen Beträgen das Kaufverhalten nicht zu beeinflussen und damit keine Lenkungswirkung zu entfalten. Zu dieser Erkenntnis kam bereits eine im Auftrag des Amts für Natur und Umwelt durchgeführte Studie vom 22. Februar 2013. Sie stellte fest, dass die Reduktion der Motorfahrzeugsteuer in Graubünden den Kauf CO₂-armer Personenwagen nicht beeinflussen konnte. Eine vollständige Verkehrssteuerbefreiung ist auch deshalb abzulehnen, weil die Nettoeinnahmen aus den Verkehrssteuern zweckgebunden für den Strassenbau und -unterhalt einzusetzen sind und Elektrofahrzeuge den Strassenkörper nicht weniger belasten als Fahrzeuge mit herkömmlichen Antriebssystemen.

Die Regierung kommt zum Schluss, dass die wichtigsten Elemente des Auftrags Kappeler bereits in der einen oder anderen Form umgesetzt sind oder in Umsetzung begriffen sind, was verstärkt im Rahmen der bestehenden Instrumente wie Massnahmenplan Lufthygiene, oder der kantonalen Klimastrategie oder dem BMM erfolgen sollte. Zudem bieten sich im Rahmen des Auftrags Wilhelm "Green Deal für Graubünden – die Chancen des Klimawandels nutzen" weitere Möglichkeiten zur Umsetzung von Massnahmen im Bereich Elektromobilität.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Kappeler concernent la quota da vehichels electrici dals vehichels novs

Cun l'incumbensa Joos (5 da dec. 2013) è la regenza vegnida incumbensada d'examinar las schanzas da la mobilitad electrica en il Grischun. L'incumbensa Kappeler (21 d'oct. 2014) ha pretendì da la regenza che dapli vehichels electrici vegnian duvrads en l'administraziun chantunala e che l'infrastructura correspudenta per chargiar vehichels electrici vegnia sustegnida. Sin quai han l'uffizi d'energia e da traffic (UEnTr) e l'uffizi per la natira e l'ambient (UNA) laschè elavurar il rapport "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden" (Ernst Basler + Partner, 26 da zerc. 2015). Da quel resorta tranter auter ch'il dumber da vehichels puramain electrici è – cun main che 1 promil – marginal en il Grischun. En il rapport èn menziunadas differentas mesiras, en general èn quai infurmaziuns e cussegliaziuns sco er impuls monetars e betg monetars.

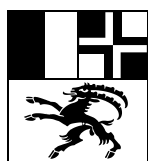
La quota da vehichels electrici da l'entir parc da vehichels è bain s'augmentada en il fratemp, ma ella è anc adina fitg modesta. Betg sco ultim dastgass quai esser la consequenza d'ina purschida limitada. A partir da l'onn 2020 vegnan però ad esser venals plirs models che fan ina distanza da passa 400 km, ed a partir da l'onn 2021 vegnan autos electrici ad esser adattads per la massa. I na vegn strusch a dar ina marca che n'ha nagin vehichel electric en sia purschida. Quai è il mument, en il qual i vegn a sa mussar, sche l'electromobilitad vegn a gudagnar impurtanza en moda rasanta u oramai vinavant mo plaun. Ella na sa lascha betg retegnair, perquai ch'ella è tecnicamain superiura. La dumonda è mo pli baud u pli tard. Ed er la bilantscha ecologica, resguardond la fabricaziun e la dismessa da las battarias, pleda per l'electromobilitad, premess ch'i vegnia duvrà electricitad producida cun aua, cun fotovoltaica u cun vent.

Per l'onn 2022 prenda la confederaziun en mira ina quota dal martgà da l'electromobilitad da 15% tar las immatriculaziuns novas. Questa finamira po bain vegnir cuntanschida en il Grischun mo cun in'ecologisaziun consequenta da la taglia sin ils vehichels a motor u cun pajar subvenziuns a la cumpra d'apparats da chargiar u da vehichels electrici.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la regenza d'instradar fin l'onn 2020 mesiras efficaciaz per augmentar signifitgantamain la mobilitad electrica, uschia ch'ellas mussan in effect il pli tard l'onn 2022. En quest connex stat en il center l'ecologisaziun dals vehichels a motor u il pajament da subvenziuns a la cumpra.

Cuira, ils 12 da favrer 2019

Kappeler, Wilhelm, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Cuira), Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Cuira), Deplazes (Rabius), Gasser, Hartmann-Conrad, Hofmann, Horrer, Kasper, Locher Benguerel, Müller (Favugn), Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Thöny, von Ballmoos, Buchli (Tenna), Lunghi



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

16 d'avrigl 2019

18 d'avrigl 2019

259

Incumbensa Kappeler

concernent la quota da vehichels electricis dals vehichels novs

Resposta da la regenza

La regenza è sa fatschentada en il passà gia pliras giadas cun las pussaivladads da promover la mobilitad electrica. En consequenza a duas incumbensas parlamentaras è vegnì elavurà il rapport "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden" dals 26 da zercladur 2015. Cun il conclus dals 8 da settember 2015 (protocol nr. 784) ha la regenza decidì d'approfondar vinavant resp. da realisar las mesiras d'emprima prioritad che vegnan proponidas en il rapport.

Tar las mesiras d'emprima prioritad tutgan la promoziun da l'infrastructura da chargiar, l'adattaziun dals criteris d'acquisiziun per remplazzar vehichels electricis da l'administraziun, la construcziun da posts da chargiar tar edificis chantunals sco er l'organisaziun d'occurrentas e da sairas d'infurmaziun. Las mesiras da l'emprima prioritad èn colliadas cun pitschens custs supplementars e sa laschan realisar entaifer l'execuziun existenta e cun ils instruments existents sco il plan da mesiras per l'igièna da l'aria e la strategia chantunala da clima. Il chantun realisescha ultra da quai in management da mobilitad manaschial (MMM) per l'administraziun chantunala che duai gidar cun in'optimaziun dal traffic da lavur e da fatschenta a cuntanscher la via concludida per reducir il consum da carburants e las emissiuns dal parc chantunal d'autos da persunas. La promoziun da l'infrastructura da chargiar è vegnida approfondada vinavant cun il "plan da basa davart l'infrastructura da chargiar per l'electromobilitad". Cun il conclus dals 16 d'october 2017 (protocol nr. 872) ha la regenza decidì da persequitar vinavant trais recumandaziuns dal plan da basa. Lattiers tutga er la promoziun da l'infrastructura da chargiar che vegn examinada en il rom da la revisiun parziala currenta da la lescha chantunala d'energia (LEG). En la consultaziun han las propostas correspondentas però chattà mo pauc sustegn. La missiva tar la revisiun parziala da la LEG vegn probablmain deliberada da la regenza l'atun e la debatta respectiva en il cussegl grond è prevista en la sessiun da primavaira 2020.

En segunda prioritad èsi vegnì proponì en il rapport menziunà d'ecologisar e d'introducir in sistem da bonus/malus tar la taglia chantunala sin ils vehichels a motor, da

promover finanziain autos electricas e l'e-carsharing sco er da stgaffir zonas specialas per la mobilitad electrica e per indrizzs da chargiar. Las mesiras da segunda prioritad èn vegnidas suspendidas per part perquai ch'ils meds finansials mancan u perquai che l'effect è contestà. Tenor il conclus da la regenza dals 8 da settember 2015 (protocol nr. 784) na vegnan mesiras en il sector da las taglias sin ils vehichels a motor betg persequitadas vinavant. En il Grischun èn immatriculads bundant 118 000 autos da personas. Da quels han 454 (stadi dal schaner 2019) in motor puramain electric. In vehichel da quel gener survegn oz in rabat sin la taglia da traffic dad 80 pertschient, e quai illimitadamain areguard il temp. Da quai resulta per l'auto da personas cun in pais total da maximalmain 2000 kg ch'è il pli frequent tar nus ina chargia fiscala annuala da 90 francs. Per in vehichel da 2700 kg da la classa superiura èn quai 110 francs. In'ulteriura distgargia ("bonus da 100 pertschient") n'arriva – en vista a quests imports modests – betg d'influenzar il cumportament da cumpra e da sviluppar uschia in effect directiv. A questas enconuschiensas è gia arrivà in studi ch'è vegnì fatg ils 22 da favrer 2013 per incumbensa da l'uffizi per la natira e l'ambient. En quel èsi vegnì constatà che la reducziun da la taglia sin ils vehichels a motor n'ha betg pudì influenzer en il Grischun la cumpra d'in auto da personas che producescha pauc CO₂. Ina liberaziun cumpletta da la taglia da traffic sto er vegnir refusada per quel motiv, perquai che las entradas nettas da las taglias da traffic èn liadas ad in intent e vegnan duvradas per construir e per mantegnair las vias e perquai che vehichels electricas na strapatschan il corpus da la via betg main che vehichels cun motors convenziunals.

La regenza vegn a la conclusiun ch'ils elements ils pli impurtants da l'incumbensa Kappeler èn gia realisads en l'ina u l'otra furma u èn sin il precint da vegnir realisads. Quai duess succeder en moda pli intensiva en il rom dals instruments existents sco il plan da mesiras per l'igièna da l'aria u da la strategia chantunala da clima u en il MMM. Ultra da quai sa porschan en il rom da l'incumbensa Wilhelm "Green Deal per il Grischun – profitar da las schanzas da la midada dal clima" ulteriuras pussaivladads per realisar mesiras en il sector da la mobilitad electrica.

Sin basa da questas explicaziuns propona la regenza al cussegl grond da refusar l'incumbensa qua avant maun.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Incarico Kappeler concernente la quota di veicoli elettrici tra i veicoli nuovi

Con l'incarico Joos (05.12.2013) il Governo è stato incaricato di esaminare le opportunità legate alla mobilità elettrica nei Grigioni. L'incarico Kappeler (21.10.2014) ha richiesto al Governo un maggiore impiego di veicoli elettrici in seno all'Amministrazione cantonale nonché un sostegno alla realizzazione di infrastrutture per la ricarica di veicoli elettrici. In seguito UEnTr e UNA hanno commissionato l'elaborazione del rapporto "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden" (Ernst Basler + Partner, 26.06.2015), dal quale risulta tra l'altro che, con meno dell'uno per mille, nei Grigioni l'effettivo di veicoli esclusivamente elettrici è marginale. Il rapporto menziona diverse misure, sostanzialmente si tratta di informazioni e consulenza nonché di incentivi di carattere finanziario e non finanziario.

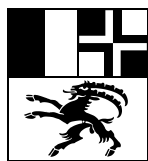
La quota di veicoli elettrici sull'intera flotta di veicoli è nel frattempo aumentata, ma rimane estremamente scarsa. Ciò dovrebbe essere una conseguenza non da ultimo dell'offerta limitata. A partire dal 2020 saranno tuttavia disponibili diversi modelli con un raggio d'azione superiore a 400 km e a partire dal 2021 le auto elettriche saranno accessibili alle masse. Non esisterà più pressoché alcun marchio che non presenti in assortimento anche veicoli elettrici. Quello sarà il momento in cui si deciderà se l'importanza della mobilità elettrica crescerà in maniera molto rapida oppure se continuerà a crescere solo lentamente. Sicuramente la mobilità elettrica sarà inarrestabile, poiché tecnologicamente superiore. La questione è soltanto se prima o dopo. Anche il bilancio ecologico, tenendo conto della produzione e dello smaltimento delle batterie, è favorevole alla mobilità elettrica, purché venga utilizzata elettricità proveniente da forza idrica, fotovoltaica o eolica.

Per il 2022 la Confederazione mira a una quota di mercato della mobilità elettrica tra le nuove immatricolazioni pari al 15%. Nei Grigioni questo obiettivo potrà probabilmente essere raggiunto soltanto attraverso una ecologizzazione sistematica della tassa sui veicoli a motore oppure attraverso sussidi all'acquisto di apparecchi di ricarica o di veicoli elettrici.

Le firmatarie e i firmatari invitano perciò il Governo ad avviare entro il 2020 misure efficaci finalizzate a incrementare in modo significativo la mobilità elettrica, in modo tale che queste possano esplicare i propri effetti al più tardi nel 2022. In primo piano vi sono l'ecologizzazione della tassa sui veicoli a motore o l'erogazione di sovvenzioni d'acquisto.

Coira, 12 febbraio 2019

Kappeler, Wilhelm, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Casutt-Derungs, Caviezel (Coira), Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Coira), Deplazes (Rabius), Gasser, Hartmann-Conrad, Hofmann, Horrer, Kasper, Locher Benguerel, Müller (Felsberg), Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Thöny, von Ballmoos, Buchli (Tenna), Lunghi



Seduta del

16 aprile 2019

Comunicata il

18 aprile 2019

Protocollo n.

259

Incarico Kappeler

concernente la quota di veicoli elettrici tra i veicoli nuovi

Risposta del Governo

In passato il Governo si è già ripetutamente confrontato con le possibilità esistenti in relazione alla promozione della mobilità elettrica. Quale conseguenza di due incarichi parlamentari è stato elaborato il rapporto "Chancen der Elektromobilität für den Kanton Graubünden" del 26 giugno 2015. Con decreto dell'8 settembre 2015 (protocollo n. 784), il Governo ha deciso di approfondire ulteriormente o di attuare le misure di prima priorità proposte dal rapporto.

Tra le misure di prima priorità rientrano la promozione dell'infrastruttura di ricarica, l'adattamento dei criteri di appalto per quanto riguarda l'impiego di veicoli elettrici nell'Amministrazione, la realizzazione di stazioni di ricarica presso edifici cantonali, nonché l'organizzazione di eventi e di serate informative. Le misure di prima priorità sono associate a costi supplementari contenuti e possono essere attuate nel quadro dell'esecuzione attuale e con gli strumenti esistenti quali il piano di misure igiene dell'aria e la strategia climatica cantonale. Il Cantone mette inoltre in atto una gestione della mobilità aziendale (GMA) per l'Amministrazione cantonale, intesa a contribuire al raggiungimento degli obiettivi del percorso volto a ridurre il consumo di carburante e le emissioni del parco automobili del Cantone mediante l'ottimizzazione del traffico pendolare degli impiegati cantonali e del traffico dovuto a ragioni di servizio. La promozione delle infrastrutture di ricarica è stata ulteriormente approfondita con il masterplan "Ladeinfrastruktur Elektromobilität". Con decreto del 16 ottobre 2017 (protocollo n. 872), il Governo ha deciso di dare seguito a tre raccomandazioni contenute nel masterplan. Tra queste figura anche la promozione dell'infrastruttura di ricarica, che viene esaminata nel quadro della revisione parziale in corso della legge sull'energia del Cantone dei Grigioni (LGE). Le corrispondenti proposte hanno tuttavia trovato solo poco sostegno nel quadro della procedura di consultazione. Il messaggio relativo alla revisione parziale della LGE sarà probabilmente licenziato dal Governo in autunno e il relativo dibattito in Gran Consiglio è previsto per la sessione di primavera 2020.

Quale seconda priorità il rapporto propone l'ecologizzazione della tassa sui veicoli a motore e l'introduzione di un sistema bonus/malus corrispondente, la promozione di vetture elettriche e del car sharing con veicoli elettrici mediante incentivi finanziari nonché la creazione di zone speciali per la mobilità elettrica e stazioni di ricarica. Le

misure di seconda priorità sono state differite in parte a causa della mancanza dei mezzi finanziari o perché la loro efficacia è stata messa in dubbio. Conformemente al decreto governativo dell'8 settembre 2015 (protocollo n. 784), le misure relative alla tassa sui veicoli a motore non saranno ulteriormente perseguite. Nei Grigioni sono immatricolate poco più di 118'000 autovetture, di cui 454 (stato gennaio 2019) a propulsione esclusivamente elettrica. Oggi un tale veicolo beneficia a tempo indeterminato di uno sconto sull'imposta di circolazione pari all'80 per cento. Per le autovetture più diffuse da noi con un peso complessivo pari al massimo a 2000 kg, ciò significa un carico annuale dovuto alla tassa pari a 90 franchi. Nel caso di un veicolo della classe superiore con un peso di 2700 kg si tratta di 110 franchi. In considerazione dell'esiguità degli importi, un ulteriore sgravio ("bonus del 100 per cento") non è in grado di influire sul comportamento d'acquisto e quindi di manifestare un effetto di incentivazione. A tale conclusione già è giunto uno studio del 22 febbraio 2013 svolto su incarico dell'Ufficio per la natura e l'ambiente. Da questo studio è emerso che la riduzione della tassa sui veicoli a motore nei Grigioni non è in grado di influire sull'acquisto di autovetture a basse emissioni di CO₂. Un'esenzione totale dall'imposta di circolazione va respinta anche per via del fatto che i proventi netti dalle imposte di circolazione devono essere impiegati a destinazione vincolata per la costruzione e la manutenzione delle strade e che i veicoli elettrici non gravano in misura inferiore sul corpo stradale rispetto ai veicoli con sistemi di propulsione convenzionali.

Il Governo giunge alla conclusione che, in una forma o nell'altra, gli elementi più importanti dell'incarico Kappeler siano già stati attuati o siano in fase di attuazione, ciò che dovrebbe avvenire in misura maggiore con gli strumenti esistenti quali il piano di misure igiene dell'aria, la strategia climatica cantonale o la GMA. Inoltre l'incarico Wilhelm "Green Deal per i Grigioni: cogliere la protezione del clima quale opportunità" offre ulteriori possibilità per l'attuazione di misure nel settore della mobilità elettrica.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin